

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

68. Sitzung
10. Februar 2016

Beginn: 15.36 Uhr
Schluss: 17.40 Uhr
Vorsitz: Cornelia Seibeld (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Dann kommen wir zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/2335

[0247](#)
Recht

**Verantwortung für artgerechte Tierhaltung
übernehmen: Berlin stärkt die Verbraucherinnen
und Verbraucher**

Hierzu: Anhörung

Hierzu haben wir uns auf eine Anhörung geeinigt. Soll ein Wortprotokoll gefertigt werden? – Dann soll das so sein. Zur Begründung des Antrages hat der Kollege Dr. Altug das Wort. – Bitte schön!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir mit diesem Antrag Berlin bzw. den Senat daran erinnern wollen, dass wir als die größte Konsumentenstadt in Deutschland Verantwortung im Bereich der Tierhal-

tung haben müssen, weil wir mit Brandenburg bekanntlich Nachbarn sind und Brandenburg sich in den letzten Jahren sehr negativ, was die Massentierhaltungsbetriebe betrifft, entwickelt hat. Sie haben mitbekommen, dass es auch einen Volksentscheid in diesem Bereich gab bzw. schon erste Schritte in diesem Land unternommen worden sind.

Ich habe mir die Zahlen angeschaut und festgestellt, was die Masthähnchen betrifft, dass Brandenburg bundesweit an der zweiten Stelle steht. Falls Sie das nicht wissen, in Brandenburg gibt es fast 1,2 Millionen Masthähnchen, und das finden wir nicht richtig, und Berlin könnte in diesem Bereich auch Verantwortung übernehmen. Ob wir jetzt ein paar hundert Rinder bzw. Hühner und Schweine in Berlin haben, spielt für mich in erster Linie keine Rolle, weil wir, wie gesagt, als Konsumenten auch in diesem Bereich verantwortlich sind und es nicht nur ausschlaggebend ist, wie viele Betriebe wir in diesem Bereich haben. Und viele Berlinerinnen und Berliner wollen auch keine industrielle Herstellung von Nahrungsmitteln. Sie haben mitbekommen, dass es im Januar eine große Demonstration gab, die "Wir haben es satt!"-Demo. Wie jedes Jahr waren dort auch wieder einige zehntausend Menschen, die eine andere Agrarpolitik haben wollen, und die auch eine Agrarwende für Berlin haben wollen.

Es wäre richtig, wie ich finde, wenn eine verbindliche Kennzeichnung von Fleisch und Fleischprodukten auf die Tagesordnung kommt und dass die Menschen selber entscheiden können, ob sie mit ihrer Kaufentscheidung Fleisch oder Fleischprodukte aus Massentierhaltung betreiben haben wollen oder nicht. Diese Möglichkeit haben Verbraucherinnen und Verbraucher nicht, solange sie nicht Bioprodukte kaufen. Und fast zwei Drittel, so um die 64 Prozent, der im vergangenen Monat befragten Menschen wären bereit, mehr Geld für Fleisch zu zahlen, wenn sie sicher wären, dass die Tierhaltung besser ist. Und fast die Hälfte weiß jedoch nicht, woran sie Fleisch aus artgerechter Haltung erkennen kann bzw. umgekehrt, ob es dann nicht artgerecht ist. Nur jeder achte Befragte konnte ad hoc ein Tierschutzlabel nennen. Die Menschen wollen wissen, wie ihre Lebensmittel und vor allem das Fleisch hergestellt werden, das gilt sowohl für die Haltungsbedingungen als auch für den Einsatz von Antibiotika und die Arbeitsbedingungen. Dass eine Kennzeichnung möglich ist und Auswirkungen auf das Kaufverhalten hat, zeigen seit Jahren die Angaben auf unverarbeiteten Eiern zur Haltungsform, Herkunft und den Betrieb. Das ist ein sehr gutes Beispiel, wo die Verbraucher hier ihre Macht ausüben können. Und das fordern wir auch für Fleisch und Fleischprodukte.

Um noch einmal zu betonen: Die Menschen sehen hier zu Recht die Politik in der Pflicht. Maßnahmen der Wirtschaft wie die Initiative Tierwohl sind zwar gut, aber können weder ein einheitliches Tierschutzlabel noch gesetzliche Tierschutzverbesserungen oder ein Verbot von Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft ersetzen. Welchen Beitrag kann die Berliner Landespolitik leisten? – Dazu haben wir in unserem Antrag drei konkrete Vorschläge gemacht. Erstens: Eine Ergänzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg zur Förderung artgerechter Tierhaltung. Falls es unter Ihnen Menschen gibt, die nicht wissen, was der Landwirtschaftsstaatsvertrag ist: Mit diesem Vertrag haben sich beide Länder darüber geeinigt, dass Berlin alle Verantwortung in diesem Bereich seit 2003 an Brandenburg abgegeben hat, könnte man kurz sagen. Und das finden wir nicht richtig.

Der zweite Punkt, den wir mit unserem Antrag erreichen wollen, bzw. der zweite Vorschlag, den wir machen, ist die Einrichtung eines „Runden Tisches gegen Massentierhaltung“. Da wollen wir alle Beteiligten an einem Tisch haben, auch aus Brandenburg, um zu schauen, welche Strategien wir entwickeln könnten. Und drittens: Eine Aufklärungskampagne zu den

Risiken und Nebenwirkungen der Massentierhaltung. Statt irreführende Werbebotschaften brauchen wir klare und ehrliche Informationen und Bildungsangebote, und deshalb bin ich auf die konkreten Vorschläge der Anzuhörenden gespannt. Und an dieser Stelle möchte ich mich auch bei Ihnen für Ihre Teilnahme bedanken und möchte auch zum Schluss schon jetzt die Verschiebung des Berichtsdatums auf den 30. Juni 2016 beantragen.

Einige Fragen an die Sachverständigen bzw. an den Senat habe ich auch. Meine erste Frage bezieht sich auf die Ernährungsstrategie bzw. Ernährungspolitik: Welche Bedeutung hat die Förderung einer artgerechten Tierhaltung für die Berliner Ernährungspolitik – das geht in Richtung des Senates –, welche Bedeutung sollte und könnte sie haben? Die zweite Frage geht ebenfalls an den Senat zu der Rolle der Stadtgüter. Sie wissen, dass wir einige tausend Hektar Stadtgüter haben. Und nach Auskunft des Senats ist die Umsetzung einer Ernährungsstrategie derzeit kein Geschäftsfeld der Berliner Stadtgüter, schriftliche Anfrage – Drucksache 17/17718. Ich möchte gerne wissen, warum. Meine dritte Frage geht an die Anzuhörenden: In Deutschland existiert nach wie vor keine nationale Nutztierstrategie. Welchen Nutzen könnte eine solche Strategie haben? Und welche Schritte unternimmt der Senat, was Sie von Ihrem Arbeitsgebiet diesbezüglich beobachten bezüglich der Tätigkeiten oder Untätigkeiten des Senats? Und welche guten Beispiele für Verbraucheraufklärung im Bereich Tierschutz gibt es? Wenn ich das konkretisieren soll, das ist eine Frage an Herrn Dr. Koch.

Und meine letzte Frage an die Anzuhörenden wäre: Was halten Sie von einem nationalen Tierschutzlabel? – Vielen Dank!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Ich würde sagen, wir starten ganz links, machen dann die Antwortrunde auf der anderen Seite und beginnen mit Herrn Jung. Ich hatte mit den Anzuhörenden schon gesprochen, dass wir – wie üblich – in etwa fünf Minuten ein einführendes Statement von ihnen bekommen und dann die Fragen und die Antwortrunde anschließen. – Bitte schön!

Reinhard Jung (Geschäftsführer des Bauernbund Brandenburg e.V.): Guten Tag! Ich freue mich, dass ich hier zu Ihnen als Vertreter des Bauernbundes Brandenburg reden darf. Ich freue mich ganz besonders, dass Sabine Toepfer-Kataw uns vorgeschlagen hat. Zu meiner Person: Ich bewirtschafte einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb in Lennewitz in der Prignitz bei der Havelmündung in die Elbe. Wir halten Mutterkühe und mästen die Absetzer selber aus. Es ist ein reiner Grünlandbetrieb mit ökologischem Landbau. Ich bin ein kleiner Bauer. Nebenbei, aber eigentlich inzwischen immer mehr hauptsächlich bin ich Geschäftsführer vom Bauernbund Brandenburg. Das ist die Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land.

Um Ihnen das mal deutlich zu machen, denn in der Stadt ist es manchmal vielleicht auch nicht jedem so bekannt, dass es zwei unterschiedliche Agrarorganisationen in Brandenburg gibt. Es gibt den Bauernverband. Das ist der Verband, der aus der sozialistischen Massenorganisation VdgB entstanden ist, und ist sozusagen der Verband, der die LPG-Nachfolger vertritt. Und es gibt dann den Verband von denjenigen, die nach der Wende in die Hände gespuckt haben, sich privat selbständig gemacht haben und angefangen haben, als Bauer zu wirtschaften, und das ist der Bauernbund. Man denkt immer Bauernverband, Bauernbund, das klingt alles so ein bisschen ähnlich, ich sage aber immer, wir sind christlich, konservativ und heimatverbunden, der Bauernverband ist fortschrittsgläubig, obrigkeitshörig und systemkonform. Wir fahren

den gleichen Trecker, aber zwischen uns liegen Welten. Es ist schon so, dass es da in sehr vielen agrarpolitischen Fragen Unterschiede gibt. Jetzt sehe ich ein Stirnrunzeln bei der SPD. – [Ralf Wieland (SPD): Nein! Sie sehen Begeisterung!] – Begeisterung? Also, lassen Sie sich nicht von Ihren brandenburgischen Genossen zu sehr beeinflussen. – Das ist natürlich so, dass tatsächlich der Präsident des Bauernverbandes dort agrarpolitischer Sprecher der SPD ist, das macht es ein bisschen schwierig, aber nicht unmöglich, dort mit Sozialdemokraten zu sprechen.

Wir sind da auf einem schwierigen Weg, aber wir beschreiten ihn gerne und selbstbewusst, weil wir freie Bauern sind und als freie Bauern natürlich auch unsere Interessen vertreten. Und deshalb haben wir auch, das sage ich Ihnen, das wird aber vielleicht nicht alle glücklich machen, die bei „Wir haben es satt“ mitmarschiert sind, eine sehr differenzierte Position zur Massentierhaltung, die vielleicht zwischen den Fronten liegt, die sich in Berlin exemplarisch manifestiert mit „Wir haben es satt, und wir machen euch satt“. Die mag zwar zwischen den Fronten liegen, ist aber nicht minder eindeutig und klar, und da will ich Ihnen jetzt als Erstes, bevor ich auf den Antrag eingehe – und da sehe ich schon die fünf Minuten im Wanken, aber ich mache es schnell –, einfach nur mal ganz kurz klarstellen, was wir als Berufsvertretung der normalen Bauern im Land, also die, ich sage mal, im Durchschnitt 220 Hektar besitzen, leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe als Vertretung der Bauern, zur Diskussion um die Massentierhaltung sagen.

Es gibt für uns zwei Aspekte, die gern durcheinander gebracht werden. Das eine ist die Frage nach dem Tierwohl, das andere ist die Frage nach der Agrarstruktur, und die würden wir gerne getrennt wissen. Zum Thema Tierwohl: Diese Diskussion führt unserer Meinung nach ein bisschen in die Irre. Wir erleben, dass selbsternannte Tierschützer uns vorschreiben wollen, wie wir die Tiere zu halten haben und erleben dabei oftmals sehr praxisferne Vorstellungen. Das kommt auch im Antrag zur Geltung. Darauf kann ich ja noch eingehen. Der Bauernverband wiederum nimmt diesen Ball sehr gerne auf und sagt, Tierwohl ist ganz wichtig, hat aber nichts mit der Größe der Ställe zu tun, sondern im Gegenteil, je größer die Ställe desto mehr modernes technisches Tierwohl können wir da realisieren. Und wir haben eine grundsätzlich andere Auffassung. Wir sagen, lasst uns bitte mit dem Tierwohl in Ruhe. Überlasst es bitte denen, die davon etwas wissen – das sind wir Bauern selber. Keiner von uns quält seine Tiere. Wir wollen Leistung von unseren Tieren haben, deshalb werden wir dafür sorgen, dass sie sich zumindest so wohl fühlen – und so viel muss ja erlaubt sein –, dass sie diese Leistung erbringen. Und es gibt natürlich Vorstellungen beim Verbraucher, wie man das noch besser machen könnte. Und das akzeptieren wir, und wir selber machen uns auch Gedanken. Und dafür gibt es eingeführte gute Label wie Bioland, Demeter, Neuland und wie sie alle heißen. Die sind da – deshalb wundert mich, dass so wenig Verbraucher nach dieser Studie darüber Bescheid wissen –, die gibt es, da kann man kaufen, und die haben auch, sage ich mal, Verfahren der Tierproduktion, mit denen wir Landwirte durchaus etwas anfangen können. Wir haben etwa 20 Prozent Biobetriebe bei uns im Bauernbund. Das funktioniert, ich bin ja selber einer. Das ist wirklich nicht praxisfern. Also, das ist eine Diskussion, die wir nicht führen wollen. Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass am Ende irgendwelche Leute vom Bauernverband, von der Agrarverwaltung, der Industrie und von den großen Handelsketten, irgendwelche Tierwohlqualitätsmanager mit irgendwelchen Zertifizierungsaktionen auf unseren Höfen rumturnen und sagen, wer hier wie viel Tierwohl macht und wer nicht. Das wollen wir nicht! Wir wollen frei und selbst darüber entscheiden, und das möchten wir bitte dem

Verbraucher und auch den Tierschützern zumuten, dass wir sagen: Leute, traut uns so viel zu, wir Bauern können das!

Zweitens zur Agrarstruktur: Wir nehmen diese Diskussionen und auch die Bedenken, die da sind, auf. Wir stellen mit Sorge fest, dass in Brandenburg immer mehr überdimensionierte Tierproduktionsanlagen entstehen. Übrigens kann das mit den 1,2 Millionen nicht sein. Es gibt ja Anlagen, die schon 1,2 Millionen Hähnchen haben. Ob es Milliarden sind, das weiß ich jetzt nicht. Ich habe es nicht nachgezählt. Das wäre auch ein bisschen schwierig. Aber egal. – [Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Ich meinte, in manchen Megaställen!] – Aber 1,2 Millionen Hähnchen? Solche Ställe haben wir noch nicht. Das würde ich merken. Na, ist egal. Lassen wir das mal dahingestellt sein. – Wir haben jedenfalls immer mehr solche Megaställe, wie Sie es nennen. Und wir stellen fest, dass die von den Dorfbewohnern nicht mehr akzeptiert werden. Ich sage mal, auch von ganz normalen Leuten, die sonst eigentlich zu der Landwirtschaft positive Einstellungen haben und immer die Landwirtschaft mit ihren Belastungen auch während der Erntezeit im Dorf toleriert haben, das gehört zum Dorf dazu, dass solche Leute sich plötzlich gegen die Landwirtschaft wenden und sich große Massen, das kommt ja in diesen Unterschriften auch zum Ausdruck, gegen Tierhaltung generell und pauschal in Brandenburg wenden und das verteufeln. Und das sehen wir sehr kritisch, und deshalb sehen wir auch diese gigantischen Anlagen kritisch und sagen, unsere Losung heißt ja, je mehr Bauern, desto besser, und es heißt natürlich auch, je mehr Tierhalter, desto besser, und je mehr Riesenanlagen, desto weniger Tierhalter, also sehen wir das kritisch.

Der konstruktive Vorschlag, den wir in dieser Diskussion gemacht haben, ist, wir haben gesagt, das baurechtliche Privileg der Landwirtschaft, Ställe im Außenbereich zu bauen, sollte auf Bauvorhaben beschränkt werden, die oberhalb der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen liegen. Um Ihnen da jetzt mal Zahlen zu nennen: Das sind 800 Rinder, 3 000 Mastschweine, 85 000 Hähnchen. Das ist die Grenze für eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung. Und unsere Forderung ist, dass alle Bauvorhaben darüber in die kommunale Bauleitplanung reinmüssen. Das gibt es bisher nicht. Da gibt es ein Landwirteprivileg – ich bin jemand, der sonst Landwirteprivilege mit Begeisterung verteidigt –, aber wie gesagt, dieses Landwirteprivileg für solche Riesenmastanlagen wendet sich am Ende gegen die Landwirtschaft selbst, weil sie uns gesellschaftlich in die Ecke stellen. Wir sagen: Das Privileg kippen, baurechtlich den Kommunen die Möglichkeit geben, in der Bauleitplanung über den Bebauungsplan über solche Stallvorhaben zu entscheiden oder auch nicht, und das heißt natürlich – jetzt unter uns gesagt, wenn man ehrlich ist –, dass 90 Prozent der Anlagen damit erledigt sind, weil die Bürgerinitiativen, die sich dagegen wehren, dann natürlich nicht mehr ins Leere laufen oder irgendwelche mühsamen Rechtswege beschreiten müssen, sondern weil sie in dem Moment eine Möglichkeit haben, über die kommunale Eigenverantwortung solche Bauvorhaben zu kippen, und das heißt, weniger Großmastanlagen und – zu unserer Hoffnung – mehr bäuerliche Tierhaltung in Brandenburg. Dafür stehen wir!

Jetzt: Ich bin schon lange über die fünf Minuten, aber ich sage einfach mal, der Kern dieses Antrages ist ja die Aufklärungskampagne, damit Sie nachher auch Fragen stellen können. Ich sage, diese angebliche tierquälerische Haltung würde ich bestreiten – Kälber enthornen und Schwänze bei Schweinen kupieren ist keine Tierquälerei. Ich sage, der Methanausstoß der Rinder ist nicht klimaschädlich. Das ist völliger Unfug! Und dass wir – zumindest in Brandenburg – Nitratbelastung erzeugen mit organischem Dünger, mit Gülle, Festmist und Jauche

ist ein Ammenmärchen, und das werde ich Ihnen wissenschaftlich belegen. Fragen Sie mich nur!

Die Begründung in diesem Antrag macht mich sehr skeptisch, dass eine Aufklärungskampagne, die mit solchen Argumenten arbeitet, tatsächlich zur Aufklärung beiträgt. Was aber nicht heißt, dass ich die Motivation dieses Antrages falsch finde. Ich finde es richtig, das habe ich dem Kollegen von den Grünen gesagt, dass sich Städter damit auseinandersetzen, dass Städte auch eine Verantwortung wahrnehmen, und deshalb fände ich das – und jetzt sind wir wieder bei der aktuellen Tagespolitik – richtig gut, wenn wir uns hierauf einigen könnten, weil Sie alle wissen, in Brandenburg laufen die Diskussionen und die Kompromissverhandlungen im Augenblick darüber, ob es einen Volksentscheid gibt oder ob es bei dem Volksbegehren bleibt und es einen Kompromiss gibt, dass die Landesregierung etwas macht. Wenn wir dahin kommen, dass wir beim Baugesetzbuch diese Grenze mit der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung einziehen – das wäre eine Bundesratsinitiative –, und das in Brandenburg natürlich auch bei der Förderhöhe und beim Verbandsklagerecht, dann wäre nämlich die Masse der bäuerlichen Betriebe, die ich vertrete, der Privatbauern, die sich um ihre Tiere kümmern, und das verantwortungsvoll und gut machen, aus dem Schneider, und wir würden die Großmastanlagen richtig ausbremsen. Und wenn Sie sich darauf einigen könnten, auf eine gemeinsame Aussage der Berliner jetzt in Richtung Brandenburg, da nehmen wir als Berliner unsere Verantwortung wahr, das fänden wir auch gut, und darüber könnten wir ja heute noch reden. – Danke schön!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank für diesen engagierten Vortrag! – Herr Dr. Koch, bitte!

Dr. Leif Koch (Welttierschutzgesellschaft e.V.): Vielen Dank für die Gelegenheit, hier auch zu dem sehr interessanten Antrag Stellung nehmen zu können. Die Stärkung von Verbraucherinnen und Verbrauchern ist völlig zweifelsfrei ein sehr wichtiges Thema, was völlig zu Recht die Berliner Politik beschäftigt. Aus dem Antrag gehen zwei zentrale Bereiche hervor, die die Zustimmung aus einer Tierschutzperspektive und auch aus einer Verbraucherschutzperspektive durchaus finden könnten.

Berlin kann nach meiner Einschätzung mit seinen circa fünf Bauernhöfen eine wirkungsvolle Agrarwende nicht unabhängig von anderen Bundesländern durchsetzen, dazu ist einfach die Agrarstruktur zu gering ausgeprägt, und der Einbezug Brandenburgs in die Überlegungen ist hier durchaus sehr sinnvoll. Aus Tierschutzperspektive ist es unstrittig, dass das Hinwirken auf eine tiergerechte Haltung von Nutztieren erforderlich und notwendig ist. Das bietet außerdem Chancen für Verbraucherinnen und Verbraucher und vor allem auch für Landwirte mit zunehmender Wertschöpfung, wenn eine andere Tierhaltung auch anders durch den Verbraucher honoriert wird.

Ein Großteil der Tierhaltung ist in der jetzigen Form nicht zukunftsfähig. Dies legt auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft nahe, dessen Publikation sich jetzt demnächst zum ersten Mal jährt. Dort wurde auf die Haltungssysteme hingewiesen, die vielfach nicht zukunftsfähig sind, und das ist auch meine Perspektive und die Perspektive der Welttierschutzgesellschaft. Hier geht es um Haltungssysteme, die auch im Antrag angeführt sind, und um die Anpassung der Tiere an Ställe, das, was vielfach unternommen wird. Wir müssen dahin zurück, dass die Ställe an die

Tiere angepasst werden. Wenn ich das mal an einem Beispiel konkretisieren kann: Ein Viertel der Milchkühe in ganz Deutschland steht in Anbindehaltung, und das zum Teil sogar noch in ganzjähriger Anbindehaltung, das ist die Landwirtschaftszählung von 2010. Und die Anbindehaltung ist eine Form, die nicht tiergerecht ist. Das bedeutet Kette um den Hals, ein Kuhleib lang, bis der Schlachter kommt. Und diese Systeme finden keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr, und es muss auch Aufgabe der Politik sein, sich an den Anforderungen der Gesellschaften ein Stück weit zu orientieren. Und wenn ich jetzt gehört habe, dass man den Bauern alles überlassen soll und bloß keiner in den Stall gucken darf, und die Bauern machen das richtig, dann ist das nicht meine Perspektive auf die Tierhaltung.

Hinsichtlich des im Antrag angeführten „Runden Tisches gegen Massentierhaltung“ ist es aus meiner Perspektive durchaus sehr sinnvoll, alle Akteure in der Agrarpolitik und in der Landwirtschaft – vom Bauern und NGOs bis hin zu Politik und Einzelhandel – zusammenzubringen, wie es auch der Antrag vorschlägt. Das ist eine durchaus sinnvolle Perspektive, allerdings möchte ich auch hinzufügen, dass aus meiner Erfahrung bei „Runden Tischen“ die Erwartungen daran nicht zu hoch gehängt werden dürfen. Häufig ist es so, dass keine ordnungsrechtlichen Maßnahmen oder auch keine konkreten Schritte aus solchen „Runden Tischen“ resultieren, und da stellt sich dann manchmal die Frage, ob es nur eine Diskussions-AG ist oder es dann wirklich zu validen Entscheidungen kommt.

Bezüglich der Namensänderung Runder Tisch gegen Massentierhaltung – wir benutzen diesen Begriff ungern oder gar nicht – ist anzuführen, dass es sowohl große als auch kleine Betriebe gibt, in denen Tiere gut oder auch schlecht gehalten werden können. Die Größe eines Betriebs korreliert nicht zwingend mit dem Tierwohl und der Qualität der Tierhaltung. Häufig sind es gerade die kleinen Milchviehbetriebe, wo noch acht Kühe stehen, wo Opa vor 100 Jahren einen Stall gebaut hat. Der ist dunkel, da stehen die Kühe im Mist, und auch wenn jede Kuh einen Namen hat, dann sind diese Betriebe nicht automatisch gut, weil sie klein sind. Genauso gibt es in großen Betrieben tierschutzbezogene Herausforderungen. Die Größe hängt damit nur bedingt zusammen.

Eine Aufklärungskampagne, an deren Konzeption auch Tierschutz und Umweltverbände beteiligt werden sollten, ist grundsätzlich sehr sinnvoll. Die Erhöhung der Transparenz – hier sind wir wieder bei den geschlossenen Ställen – für den Verbraucher ist nach meinen Erfahrungen so, dass Menschen bereit sind, mehr für Nahrungsmittel auszugeben, wenn sie über die Erzeugung besser informiert werden und wissen, wofür sie mehr bezahlen müssen. Man kann auch nicht jedes Produktionssystem erklären. Die Fixierung von Sauen beispielsweise ist kein Kommunikationsproblem, wie es häufig dargestellt wird, sondern ein Tierschutzproblem. Vielleicht muss man die Inhalte ändern, die man dann auch kommunizieren kann. Wenn man den Menschen zehnmal erklärt, dass man die Sau fixieren muss, weil sie sonst ihre Ferkel totdrückt, dann müssen wir vielleicht etwas an der Haltung ändern, damit solche Vorgänge nicht mehr die Regel sind. Insofern ist das ein Tierschutzproblem und könnte über eine Aufklärungskampagne nicht gelöst werden. Wir brauchen eine Änderung in der Tierhaltung insgesamt, aber eine breit ausgelegte Aufklärungskampagne ist durchaus zu begrüßen. – Einschränkung möchte ich hinzufügen, dass das Abladen der Verantwortung für tiergerechte Haltung auf die Rücken der Verbraucher nur die zweitbeste Lösung sein kann. Es ist durchaus möglich, auch ordnungsrechtlich, Standards für Tierhaltung zu setzen und so zu definieren, dass ein akzeptables Tierschutzniveau geschaffen wird. Aus meiner Perspektive ist es zu begrüßen, wenn der Antrag, der hier eingereicht wurde, Zustimmung findet. Er würde den Status quo in der Tierhaltung deutlich erhöhen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank, Herr Dr. Koch! – Frau Kitzmann, bitte!

Beate Kitzmann (Geschäftsführerin des Naturschutz Berlin-Malchow e. V.): Herzlichen Dank, dass ich eingeladen worden bin! Ich bin jetzt etwas überrascht, weil ich gerne einmal kurz darstellen würde, was ein Berliner Biobetrieb, ein Berliner Biolandwirtschaftsbetrieb so alles machen kann, auch wenn wir keine Massentierhaltung in Berlin haben. Wir bewirtschaften im Nordosten von Berlin 140 Hektar, halten schottische Hochlandrinder und Heckrinder, haben 80 Tiere, die in überwiegend Schutzgebieten weiden. Ich empfinde das als eine sehr artgerechte Tierhaltung, weil die Tiere die Sonne auf ihrer Haut spüren und auch mal die Kälte im Winter und ein wunderbares Leben haben.

Nun möchte ich mich nicht mit Familienbauernbetrieben vergleichen, weil unser Feld schon ziemlich speziell ist, aber auf einige Dinge würde ich gerne eine Antwort geben. Wir halten die Tiere extensiv. Ein Tier bekommt ein ganzes Jahr über mindestens ein Hektar, ist das ganze Jahr im Freien und darf mindestens drei Jahre wachsen. Das Futter, das es bekommt, wird auf unseren eigenen Flächen geerntet, das heißt, wir haben einen geschlossenen Kreislauf, der also auch stattfindet. Es krankt bei uns aber bei der Schlachtung. Sie wissen, es gibt Tiertransporte. Wir haben es nach mehrjährigen Verhandlungen mit allen Beteiligten geschafft,

den Kugelschuss auf der Weide zu etablieren. Vielleicht wissen Sie auch, dass man innerhalb einer Stunde beim Schlachtbetrieb sein muss, wenn man den Kugelschuss auf der Weide macht. Jetzt frage ich Sie: Kennen Sie in Berlin einen Schlachtbetrieb? – Nein, haben wir nicht. Genau! Das heißt, wir sind darauf angewiesen, dass es irgendwo im nahen Brandenburg einen Schlachtbetrieb gibt, der biozertifiziert ist und auch noch verarbeiten kann. – Unser Verein macht Verbraucheraufklärung. Wir haben bei uns einen Naturhofladen, und das machen wir nicht nur, um unser Fleisch zu verkaufen, denn ich kann unser Fleisch, unsere Tiere gar nicht im Schlachthof abgeben, weil ich da 2,50 Euro bekomme, und kann damit letztendlich den Aufwand, den wir drei Jahre lang am Tier haben, gar nicht bezahlen, das heißt, der Eigenverkauf ist der einzige Weg, um an aufgeklärte Verbraucher heranzukommen, die bereit sind, mehr Geld dafür zu bezahlen, wenn ein Tier artgerecht gehalten worden ist. Ein stressarmes Schlachten oder Töten durch Kugelschuss auf der Weide macht die Fleischqualität besser, und das ist etwas, was unsere Kunden ganz stark reflektieren, denn bei uns funktioniert das Verkaufen als Verbraucherinformation. Bei uns heißt es „bewusstes Einkaufen mit Bildung oder Aufklärung am Kunden“, denn wir können ganz viele Kampagnen machen, die meistens immer nur die Gleichen erreichen. Wir müssen aber den Verbraucher vor Ort erreichen, und da sind sozusagen vor Ort initiierte Projekte sehr wirkungsvoll, die das auch wirkungsvoll umsetzen können.

Zu dem Thema Leistung: Wir können uns über Massentierhaltung streiten und ob eine Sau seine Ferkel erdrückt. Wenn ich darüber nachdenke, dass die Milchleistung einer Kuh im Prinzip von 3 000 Liter auf fast 10 000 Liter gestiegen ist, fragt man sich, ob die Milch eigentlich noch die Qualität hat, ob sie noch gesund für uns Menschen ist. Das sind alles Themen, die jetzt nicht die große Rolle spielen. – Zu den Fragen im Antrag würde ich sagen: Berliner Landwirte würden es sehr begrüßen, wenn der Staatsvertrag mit Brandenburg wieder aufgelöst wird und Berlin die Verantwortung für die landwirtschaftlichen Flächen und Landwirte wieder übernimmt, weil auch die Landwirtschaft ein Bereich der Wirtschaft ist und zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Beim Runden Tisch bin ich auch so ein bisschen im Zweifel, ob das wirklich die Schlagkraft hat, wenn Berlin nicht einmal eine Zuständigkeit für Landwirtschaft hat, sondern dann können wir immer nur Appelle an andere richten. Also sollte erst das eine stattfinden und dann das andere. – Das Dritte ist, ob man nicht einen Schlachtbetrieb in Berlin wieder etabliert. Auch wenn in Berlin überwiegend Tierhaltung zur Landschaftspflege erfolgt, so ist es doch ein Zweig, der sich entwickelt und wo wahrscheinlich vorausschauend ein Folgeproblem für die Vermarktung der in Berlin gewachsenen und produzierten Tiere entsteht. – Danke schön!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank, Frau Kitzmann! – Dann hat sich als Erster der Kollege Kowalewski gemeldet. – Bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Frau Kitzmann! Sie haben meine erste Frage quasi schon vorweggenommen, denn ich wollte tatsächlich fragen, wie Sie das denn einschätzen, also Sie alle, dass Berlin sozusagen die Verantwortung für die Landschaft komplett an Brandenburg abgetreten hat und ob es nicht aus Ihrer Sicht sinnvoll wäre, wenn Berlin nicht nur für die Landwirtschaft in Berlin, die strukturell völlig anders ist als die in Brandenburg, sondern auch für die Landwirtschaft auf den Berliner Stadtgütern die Verantwortung selber wieder übernehmen würde. Damals wurde das relativ schnell abgestoßen, weil sich kaum jemand in Berlin mit der Thematik auseinandersetzen wollte, aber wir

sehen gerade, dass das vielleicht gar nicht so schlau war. Das habe ich jetzt Ihren Ausführungen entnommen.

In Brandenburg hatten wir das Volksbegehren „Massentierhaltung“. Ich bin sehr froh, dass das funktioniert hat, weil es zeigt, dass in Brandenburg nicht alle Menschen diese unheimlich intensive Landnutzung für Massentierhaltung, für riesige Betriebe gut finden und vertreten, wenn man sich einmal anschaut, was da gefordert wurde, z. B. die artgerechte Haltung. Herr Jung hatte schon gesagt, dass es vielleicht problematisch ist oder dass es erst einmal nicht tierschutzwidrig wäre, den Tieren die Schwänze und die Hörner zu kupieren, aber artgerecht ist das nicht. Wenn Sie aus einer Tierart bestimmte Körperteile grundsätzlich erst einmal herausnehmen müssen, weil es sonst zu Kannibalismus kommt, dann kann das erst einmal prinzipiell nicht für eine artgerechte Haltung sprechen meiner Meinung nach. Mit der Kastration der Ferkel sehe ich das relativ ähnlich. Warum muss man ein Tier verändern, bloß weil der Verbraucher das am Ende gerne hätte. Das widerspricht sich meiner Meinung nach auch.

Was in diesem Volksbegehren auch gefordert wurde, ist das Verbandsklagerecht. Wir haben in Berlin schon das eine oder andere Mal versucht, das einzuführen. Hier hat es leider nicht geklappt. In Brandenburg ist jetzt vielleicht mit diesem Volksbegehren diese Chance da. Die meisten Berichte über eklatante Tierschutzverstöße, die wir in der letzten Zeit gesehen haben, kamen alle oder zumindest ganz viele davon oder die meisten aus Brandenburg. Da scheint einiges schiefzulaufen. Tierschutzverbände bekommen das mit. Die können sogar Videos davon machen und ans Fernsehen geben, damit das dann bei „Aspekte“ oder wo auch immer läuft, aber sie können juristisch nichts dagegen machen. Deswegen würde mich auch interessieren, was Sie von dieser Forderung nach der Einführung eines Verbandsklagerechts aus diesem Volksbegehren halten.

Herr Jung! Jetzt eine Frage, die eher in Ihre Richtung geht: Die Kleinbetriebe, die Sie vertreten, wie gehen die eigentlich damit um, dass in Brandenburg ein gewisser Trend besteht, kleinere Betriebe einfach aufzukaufen und sie in riesige Betriebe zu integrieren? Das war vor ein paar Monaten die Schlagzeile auf der Titelseite der „Zitty“ in Berlin, dass man sogar in Berlin inzwischen Angst davor hat, dass in Brandenburg sämtliche Bauernhöfe in irgendwelche großen Konzerne integriert werden, und das kann nicht im Interesse Ihres Verbandes liegen.

Dann das „Tierwohl“, dieses Schlagwort, das sieht man immer, wenn man vor einem Discounter steht. Das scheint sich immer mehr als Chiffre für Massentierhaltung zu entwickeln, weil „Tierwohl“ besser klingt als „Massentierhaltung“, auch wenn es das Gleiche ist. Das hatten Sie auch schon gesagt. Aber wie können wir in der Verbraucheraufklärung dem entgegenwirken, dass der Begriff „Tierwohl“, der im Prinzip erst einmal gar nicht schlecht klingt, auf so eine Art und Weise missbraucht wird, um Verbraucher zu täuschen, dass man jetzt statt „Massentierhaltung“ „Tierwohl“ sagt und da letztlich auch nur Betriebe partizipieren lässt wegen der schwierigen und teuren Zertifizierungsverfahren, die kleinere Betriebe gar nicht unbedingt mitmachen können. Gerade an dem Antibiotikaskandal rund um „Bioland“ haben wir gesehen, dass auch bei Biobetrieben nicht immer alles unbedingt automatisch gleich viel besser ist. Wie können Biobetriebe oder auch solche Initiativen wie „Neuland“, die auch letztens erst in einen Skandal verwickelt waren, dass auch da bei der Zertifizierung getrickt worden ist, das Verbrauchervertrauen wieder zurückgewinnen? Wichtig ist, dass diese Produkte sich als deutlich besser darstellen und es im Endeffekt auch sein müssen, um dann die höheren Preise zu rechtfertigen.

Mit der letzten Frage an Frau Kitzmann schließe ich dann auch. Sie haben es schon angesprochen. Wenn Sie Ihr Fleisch, das Sie erzeugen, in die üblichen Vermarktungskanäle geben, bekommen Sie auf keinen Fall die Kosten, die entstehen, wieder raus. Wie könnten Sie sich denn vorstellen, wie man Vermarktungskanäle für – in Anführungszeichen – wirklich gutes Fleisch einrichten kann? – denn die Verbraucher würden das wahrscheinlich sogar kaufen, das haben wir schon gehört. Wie kann da ein Bewusstsein geschaffen werden, dass es innerhalb dieses Bereichs, Fleisch nicht aus Massentierhaltung, auch durchaus noch unterschiedliche Qualitätsstufen geben kann? Das war es erst einmal von mir.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Frau Möller!

Katrin Möller (LINKE): Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden und auch an die Grünen für den Antrag, denn in der Tat scheint es so zu sein, dass wir in der Frage Tierhaltung oder artgerechte Haltung oder standortverträgliche Tierhaltung doch alle sehr unterschiedliche Informationen haben und dass hier jede Menge Aufklärung vonnöten ist. Ich habe z. B. ein ganz anderes Zahlenmaterial als Grundlage, als vermutlich der Kollege Altug. Nach meinen Informationen ist die Tierhaltung in Brandenburg seit Jahren kontinuierlich rückläufig, wie gesagt, außer bei Hühnern. Brandenburg ist inzwischen die nutztierärmste Region Deutschlands. Ich glaube, da haben wir komplett unterschiedliche Hintergrundinformationen, daher ist die Aufklärung wichtig.

Ich komme auch gleich zum nächsten Punkt, der mich im Antrag sehr geärgert hat, wo im Antragstext behauptet wird, dass massenhaft Antibiotika eingesetzt werden. Nach meiner Erkenntnis gibt es seit Jahren Regelungen, wonach dieser massenhafte Einsatz nicht mehr erfolgt und nur kranke Tiere im Einzelfall behandelt werden, und dass auch hierüber eine akribische Dokumentation geführt und durch den Tierarzt geprüft wird. Ich frage mich, woher diese ganzen Missverständnisse kommen, was diesen Bereich betrifft. – Ich möchte mich deshalb als Nächstes an die Anzuhörenden wenden. Trifft es zu, dass alle Tierhaltungen in Brandenburg, in Berlin gibt es ja keine Massentierhaltung, alle konventionellen oder auch ökologischen oder alle Familienbetriebe den gleichen Regelungen und Richtlinien unterworfen sind, was die artgerechte Haltung oder die Haltungsbedingungen in den Betrieben betrifft? Wenn das so ist, wovon ich ausgehe, wie wird das kontrolliert? Wer kontrolliert das? Wie werden diese strengen gesetzlichen Regelungen von den Behörden überprüft? Wie verhält es sich damit, dass z. B. beim Antibiotikaeinsatz Betriebe verpflichtet sind, die Vergabe von Medikamenten zu melden? Gibt es an dieser Stelle ein Problem, dass das nicht alle tun? Wo haben wir da die Kontroll- oder Informationslücke? Ich gehe davon aus, dass Regelungen für alle Betriebe gelten. Ich teile auch die Auffassung von Herrn Dr. Koch, dass man nicht an der Größe eines Betriebes bzw. an der Anzahl der gehaltenen Tiere festmachen kann, ob der Tiererschutz eingehalten wird, ob die Haltebedingungen optimal sind oder nicht. Ich unterstelle mal, dass nicht alle Betriebe, die große Zahlen von Tieren halten bzw. züchten, automatisch das Tierwohl vernachlässigen. An dieser Stelle habe ich auch ein großes Problem mit dem Begriff „Massentierhaltung“, der nebenbei bemerkt im Antrag der Grünen inklusive der Begründung elfmal auftaucht. Was ist das eigentlich? Wer definiert das? Wann fängt eine Masse an? In welcher Korrelation steht die Anzahl der Tiere, die gehalten werden, zu deren artgerechter Haltung? Dazu hätte ich gerne eine Meinung von Ihnen. Sollte man diesen Begriff nicht durch etwas Sinnvolleres ersetzen? – denn ich finde, das ist nicht im Sinne der Verbraucheraufklä-

rung, wenn man durch skandalisierende Begriffe versucht, Menschen für ein Thema zu interessieren. Ich denke, da sollte man anders herangehen. – So viel fürs Erste. – Danke schön!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Herr Kollege Jupe!

Claudio Jupe (CDU): Eine Aschermittwochsfrage, die Kollegin vor mir hat das gerade schon einmal formuliert: Was ist Massentierhaltung? Vielleicht können Sie mir das einfach mal quantifizierbar darlegen. – Die zweite Position ist, dass mir aufgefallen ist, dass zwischen Herrn Jung und Herrn Koch eine – wie Sie es genannt haben, Herr Koch – systemische Differenz, ein erheblicher Unterschied ist. Ich würde gerne wissen, ob Sie nicht bei Ihren beiden Positionen auch eine Brücke bauen und aufeinander zukommen könnten. Herr Koch hat gesagt, dass die Tiere nicht an die Ställe angepasst werden sollten. Der umgekehrte Schluss ist natürlich in der Soziologie des Menschen verhaftet. Da sagt man: Es kommt auf den Menschen an, und alles, wo er sich drin bewegt, ist eine eigene Meinung. Sie übertragen das dann quasi auf die Tiere. Während auf der anderen Seite Herr Jung sagt: Tiere sollen sich wohlfühlen, und er geht, weil er selber in dem Bereich tätig ist, davon aus, dass jeder Bauer dafür sorgt, dass sich das Tier wohlfühlt und deswegen dann die Leistung bringt. Vielleicht können Sie beide noch einmal ein bisschen – – Ich habe das schon so verstanden, dass das sehr kontrastreich ist, aber es wäre schlecht, wenn man immer nur diese Kontraste in den Vordergrund stellt. Auf der anderen Seite ist es natürlich für uns Städter wichtig, auch diese Unterschiede dabei klarzumachen. – Danke!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Herr Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Zunächst möchte ich bezüglich der Zahlen ein Missverständnis aus dem Weg räumen: Vorhin habe ich die Anzahl gesagt: 1,2 Millionen. Es sind 1 197 516 Masthähnchen. Diese Anzahl ist die nachgewiesene Zahl der Tierplätze in Brandenburg, für die von 2012 bis 2015 Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz beantragt wurden, nach Flächenländern und Produktionsrichtungen steht auch für andere Bundesländer. Insgesamt sind es 10 694 000 Broiler in Brandenburg, und die Anzahl steigt, Frau Möller. Schauen Sie sich bitte den aktuellen Fleischatlas an. Auch in Brandenburg steigt die Anzahl der Tiere. Investoren aus dem Westen flüchten vor höheren Umweltauflagen in Richtung Brandenburg. Ich war überrascht über Ihre Äußerungen, dass der Antibiotikaeinsatz zurückgegangen sei usw. Die große Koalition hat in ihren Koalitionsvertrag geschrieben, dass man das als Ziel hätte, aber in der Praxis stellen wir fest, dass das nicht der Fall ist. Ich war, wie gesagt, ein bisschen überrascht, weil dieser Argumentationslinie in erster Linie die großen Bauernverbände folgen, aber auch viele, die die Landwirtschaft oder Tierhaltung in Deutschland gar nicht kritisch betrachten. Es gibt unzählige Studien darüber, wie viele Antibiotika in Deutschland eingesetzt werden bzw. welche Auswirkungen das alles hat, dass wir in Krankenhäusern in Niedersachsen bezüglich der resistenten Keime große Probleme haben und dass das mit der Tierhaltung zu tun hat etc. Es wäre schön, wenn wir weniger Antibiotikaeinsatz in den Tierbetrieben haben würden.

Bezüglich der Diskussion, ab welcher Anzahl von Tieren ein Betrieb ein Massentierhaltungsbetrieb ist oder nicht usw.: Es gibt zum Glück Menschen in unserem Land, die sich darüber Gedanken machen und auch diese Zahlen je nach Tierart definieren. Das ist auch nicht spekulativ, Frau Möller. Das kann ich Ihnen sagen, dass wir keine irreführende Politik machen, wenn wir sagen, dass das ein Massentierhaltungsbetrieb ist. Ich komme aus der Landwirt-

schaft, und als ich mir den ersten guten Mastbetrieb in Nordrhein-Westfalen angeschaut habe, dachte ich: Das kann nicht sein, dass man die Tiere unter diesen Bedingungen hält, dass man Fleisch dieser Betriebe für 2, 3 oder 5 Euro verkauft. Das ist weder artgerecht noch verbraucherfreundlich. Wenn Sie in 21 Tagen einen Broiler bis zu einem bestimmten Gewicht bringen müssen usw., dann können Sie kaum mit natürlichen Produkten arbeiten.

Herr Kowalewski! Wenn Sie die Skandale im Biobereich ansprechen, dann frage ich mich: Warum gucken Sie nicht genauso im Bereich der konventionellen Betriebe? 3 Prozent der Lebensmittel in Deutschland sind aus Biobetrieben, und natürlich gibt es da auch schwarze Schafe. Ich frage mich aber, warum ist das Normalität, dass wir 97 Prozent Lebensmittel haben, die aus konventionellen Betrieben stammen, bei denen wir wissen, dass es Pestizidcocktails gibt, und wenn es um Fleischprodukte geht, werden auch Antibiotika eingesetzt und, und, und. Das müsste man mehr skandalisieren. Schauen Sie sich an, wie viele Lebensmittelskandale wir in den letzten Jahren hatten, und wie viele sind davon in den Biobetrieben entstanden. Das müsste man auch in dieser Relation sehen.

Ich habe noch zwei kurze Fragen an die Anzuhörenden. An Herrn Dr. Koch: Welche Anforderungen an eine artgerechte Tierhaltung sind aus Tierschutzperspektive zu fordern? Können wir den Bauern blind vertrauen, Frau Kitzmann? Ich möchte gerne wissen, welche Rolle das Tierwohl in der Aus- und Fortbildung der Landwirte spielt. Herr Jung, wenn Sie mir diese Frage beantworten würden. – Danke schön! – [Reinhard Jung: Darf ich die gleich beantworten?] –

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Nein, wir haben noch eine Wortmeldung von Frau Köhne. Dann hat sich die Staatssekretärin zu Wort gemeldet, und dann würden wir eine Antwortrunde machen, weil ich sonst die große Sorge habe, dass Herr Koch nicht nur nicht um 16.30 Uhr hier wegkommt, sondern auch um 17 Uhr noch nicht weg ist. – Frau Köhne!

Irene Köhne (SPD): Vielen Dank erst einmal den Referenten für die tollen Statements! – Ich habe noch eine konkrete Frage an Frau Kitzmann, weil Sie erläutert haben, dass Sie eigentlich am liebsten die Auflösung des Vertrages zwischen Berlin und Brandenburg hätten. Da hätte ich gerne noch einmal eine Erläuterung. Ich habe den Vertrag hier, und da steht, dass das Ziel des Vertrages eigentlich die Bündelung von Verwaltungsaufgaben ist. Das heißt, wie die Tiere im Endeffekt gehalten werden, ist nicht näher spezifiziert. Das soll gerade durch die Änderung dieses Antrags eingebracht werden, wenn ich das richtig verstanden habe, und zwar die artgerechte Haltung, wobei man natürlich sehen muss, dass in Brandenburg offensichtlich zurzeit, wie schon gesagt worden ist, die Nutztierhaltung relativ gering ist, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, und man versucht, in Brandenburg die Zahl zu erhöhen. Da gibt es natürlich Interessenten. Ich habe gehört, als beispielsweise in Holland die Mega-Ställe abgeschafft werden sollten, sind sie einfach in Richtung Brandenburg weitergezogen, wo es dann Unterstützung gab, und dass in Haßleben schon seit Jahren irgendein Bauer versucht, Mega-Ställe für Schweine anzusiedeln. Das heißt, wo die Grenze von Massentierhaltung und Mega-Stall und was auch immer ist, ist nicht genau umrissen. Das ist nur eine Frage, dass man nicht so viele Tiere, wo das verträglich erscheint, auf einem Haufen haben möchte. Da fand ich die Ausführung von Herrn Jung schon ganz okay, irgend so eine Begrenzung zu haben. Wir haben auch Freunde in Niedersachsen, die einen Bauernhof haben. Die haben 200 Kühe, und jedes Mal, wenn wir mit unseren Kindern und inzwischen Enkelkindern da sind, können die

sich überzeugen, dass diese Kühe eigentlich relativ glücklich sein müssten. Die können raus aufs Feld. Nur der Bauer hat inzwischen das Problem, dass er seine Milch überhaupt loswird.

Was ich gerne von Frau Kitzmann noch wissen möchte, ist, warum Sie den Vertrag auflösen nicht diese Bindung Berlin-Brandenburg haben wollen und diese artgerechte Haltung da reinbringen, denn das wäre auch ein Alleinstellungsmerkmal dieser Region, wenn man sich auf irgendwelche Obergrenzen beschränken würde, was Herr Jung beispielsweise vorgeschlagen hat, und dass man die Mega-Ställe und – in Anführungsstrichen – Massentierhaltung nicht mehr so erlaubt, obwohl man gerne mehr Tierzucht im Land Brandenburg hätte. – Danke!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Sabine Toepfer-Kataw (SenJustV): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt nicht die Anzuhörenden ergänzen, aber ich möchte drei Dinge klarstellen, weil es hier offensichtlich Informationsdefizite gibt, damit die Anzuhörenden das nicht übernehmen müssen. – Das Erste ist die Frage zu den Antibiotika: Seit der Novelle des Arzneimittelgesetzes am 1. April 2014 ist die Frage der Antibiotika in der Nutztierhaltung sehr strikt geregelt. Das Zweite ist die schon etwas länger in Deutschland geltende Antibiotikaresistenzstrategie, die sogenannte DART, die auch in der Erfassung der Abgabemengen von Antibiotika seit etwa vier Jahren aktiv ist, und da ist ganz deutlich geworden, dass die Antibiotikagaben in der Veterinärmedizin abgenommen haben. Das ist glücklicherweise so. Man kann sagen, man kann das noch verstärken, aber es ist jetzt keine Zunahme zu sehen. Insofern ist das vielleicht ein Sachstand, der nicht mehr ganz aktuell ist.

Die zweite Frage, die man auch noch klären muss, ist: Was macht eigentlich Brandenburg, wenn man dann einen solchen Passus in den Landwirtschaftsstaatsvertrag mit hineinnehmen will? Der Landwirtschaftsstaatsvertrag war das Signal, dass man sehr eng mit Brandenburg zusammenarbeiten will, und den aufzulösen wäre das falsche Signal, weil wir eine Region sind, die gerade in diesem Bereich eng zusammenarbeiten muss, weil Berlin auf Brandenburg bei der regionalen Versorgung angewiesen ist. Insofern wäre meine Frage: Für Brandenburg wäre das dann ein Dreingeben. Was sollte denn Berlin auf der anderen Seite in die Verhandlungen dreingeben, denn es sind zwei Geschäftspartner im Staatsvertrag? Vielleicht haben Sie Ideen, was wir aus Berlin heraus anbieten könnten, wenn dann tatsächlich so etwas da rein müsste, was systemändernd wäre.

Die dritte Sache, darauf möchte ich auch noch einmal hinweisen, vielleicht können Sie das in Ihrem nächsten Statement aufgreifen, ist genau dieser Gegensatz, der bei der Anbindehaltung ganz deutlich wird. Das Verbot einer Anbindehaltung würde nur kleine Betriebe treffen, denn diese sind momentan darauf angewiesen, ihre wenigen Rinder in Anbindehaltung zu haben, das heißt, dort würde es eher dazu führen, dass sie wieder zu größeren Ställen kommen, und dann stellt sich wieder die Frage: Ab wann sind denn größere Ställe überhaupt für Sie Massentierhaltung?

Eine letzte Bemerkung noch: Egal, wo man Tiere hält, und das ist vielleicht aus unserer Verwaltung heraus, jetzt mal von der Landwirtschaft weg in den anderen Bereich gehend, Tierschutzrecht ist immer einzuhalten, das heißt, für jeden Tierhalter gilt das Tierschutzrecht. Das bedeutet, er muss ein krankes Tier behandeln. Er darf ein Tier nicht schlecht behandeln. Er muss es tiergerecht behandeln, und das ist der Ausgangspunkt, an dem man ansetzen kann.

Insofern die Frage: Was soll darüber hinaus jetzt tatsächlich gehen? Es wird hoffentlich nicht unterstellt, dass Tierhalter permanent gegen das Tierschutzrecht verstoßen würden. Wenn es diese Unterstellung gäbe, müssten wir wahrscheinlich, anders als beim Staatsvertrag, Brandenburg auffordern, zu überlegen, wie man die Kontrollen dort verstärkt, wenn Ihnen da Beispiele bekannt sind.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen. – Frau Kitzmann, bitte!

Beate Kitzmann (Geschäftsführerin des Naturschutz Berlin-Malchow e. V.): Ich fange mal mit der letzten Frage an, denn die macht mir am meisten Spaß, und zwar die Frage nach der Vertragsauflösung Berlin-Brandenburg. Es ist so, dass bei diesem Staatsvertrag Berlin nur ein kleiner Partner ist und – wie ich es wahrnehme; ich bekomme auch landwirtschaftliche Fördermittel aus Brandenburg – einen äußerst geringen Gestaltungsspielraum hat. Nun ist die Landwirtschaft in Berlin mit völlig anderen Augen zu sehen als in Brandenburg, einem Flächenland. Ich werde jährlich von Brandenburg kontrolliert. Die kommen jedes Jahr zu uns, gucken sich unsere Flächen an und sagen immer: Das ist ja keine Landwirtschaft. – Die haben ein völlig anderes Bild, und meine Wahrnehmung ist, dass ein Landwirt in Berlin einfach mehr zu tun hat als ein Brandenburger Kollege, denn unsere Tiere stehen unter permanenter Beobachtung. Wir haben zum Beispiel eine Fläche in der Nähe des Tierheims Falkenberg, die ständig begangen wird. Allein, was wir dort an Aufklärungsarbeit leisten müssen, was wir dort mit den Hundeführern zu reden, zu argumentieren haben, kostet ganz viel Zeit. Allein dieses Bild von Landwirtschaft in Berlin und Brandenburg ist deutlich unterschiedlich. Die Frage ist, wie weit kann Berlin die Ausgabe von Fördermitteln in Brandenburg beeinflussen? – Wenn Sie zum Beispiel sagen, wir möchten gern Landschaftspflegeprojekte oder Landwirte, die Landschaftspflege in Berlin machen, unterstützen, funktioniert es nicht, weil die Rahmenbedingungen genau festgelegt sind, und deshalb ist es vor dem Hintergrund – – Ich muss jedes Mal nach Prenzlau fahren, wenn ich etwas klären möchte, oder nach Frankfurt/Oder. Für die Verwaltung mag das gut und richtig sein, weil Landwirtschaft in Berlin viel zu klein ist, aber für die Landwirte in Berlin ist es ein Drama, weil die zuständigen Partner sehr weit weg sind und für das, was Berliner Landwirte eint, kaum einen Blick haben. Vor dem Hintergrund Gestaltungsspielraum – – Vielleicht lässt es sich auf anderem Wege machen, aber mir ist nichts eingefallen, denn es gibt in Berlin, soviel ich weiß, nur eine Kollegin, die für die Landwirte zuständig ist. Ob sie das alles schaffen kann, wage ich zu bezweifeln.

Dann würde ich gern zu den Antibiotika etwas sagen. Antibiotika werden eingesetzt, um eine Leistungssteigerung bei den Tieren zu erzeugen und nicht, um Krankheiten vorzubeugen. – [Reinhard Jung (Geschäftsführer des Bauernbund Brandenburg e. V.): Das stimmt so nicht!] –] – Das stimmt, und wie! –[Reinhard Jung (Geschäftsführer des Bauernbund Brandenburg e. V.): Das ist verboten und wird nicht getan!] – Darf ich meinen Satz zu Ende sprechen? Das dürfen Sie dann gern gegenkommentieren. Also, was macht ein Landwirt, der jetzt keine Antibiotika mehr einsetzen darf? – Er richtet sich ganz nach dem Tierschutzgesetz und sagt: Oh, mein Rind ist krank. Ich brauche Antibiotika. – Es gibt nun mal einen Gestaltungsspielraum bei den zuständigen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämtern sowohl in Brandenburg als auch in Berlin, und wo kein Kläger, da kein Richter. Ich will jetzt um Himmels willen nicht alle über einen Kamm scheren. Es gibt genauso im Biobereich, im konventionellen Bereich schwarze Schafe, und ein Großteil der Menschen hält sich an die Gesetze. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es im Bereich der Antibiotika einen großen Schatten gibt, der dazu führt, dass wir noch nicht da sind, wo wir hinwollen.

Vermarktung: Wie kriegt man so speziell erzeugtes Fleisch, ich nenne es nicht aus Landwirtschaft, sondern aus Landschaftspflegeprojekten, die völlig andere Bedingungen haben als ein Tier, das im Stall steht, an den Verbraucher? Ich muss das Fleisch immer wortreich verkaufen. Ich kann es nicht in die Ladentheke legen. Deshalb ist für uns der Vermarktungsweg ei-

gentlich nur der Einzel- und nicht der Großhandel, um dicht am Kunden zu sein, wie ich es schon gesagt habe, dass man mit dem Kunden reden und das Spezielle, was das Fleisch beinhaltet, dem Kunden rüberbringen kann.

Zur Frage, ob wir den Bauern vertrauen können: Ich denke, das ist eine Frage, die man grundsätzlich an die gesamte Menschheit stellen kann. Bauern sind nicht anders als andere Wirtschaftsunternehmen, nur haben Bauern die Schwierigkeit, dass sie in ihrer Produktion von Wind, Wetter und dem Boden abhängig sind, was sie höchst sensibel macht. Wenn bestimmte Rahmenbedingungen nicht sind, sie aber von den Erträgen der Fläche abhängig sind, macht man es oder man macht schlimme Sachen nicht. Das ist einfach die Besonderheit. Viel schlimmer ist im Augenblick der Umgang mit dem Boden, denn diese Holdingstrukturen, die entstehen, wenn kleine Betriebe aufgekauft werden, sind viel schlimmer, weil man die Entwicklung von Landwirtschaft in der Fläche im Prinzip damit nicht mehr ermöglichen kann. Ein Junglandwirt kann nicht mehr fußfassen, weil er die aktuellen Preise für den Boden und Ähnliches gar nicht mehr zahlen kann. Hier greifen ganz viele Probleme ineinander.

Zur von Ihnen gewünschte Kontrolle: Natürlich kann man alles kontrollieren, aber es findet nicht statt. Ich werde einmal im Jahr von meinem Zertifizierer kontrolliert, und genauso häufig kommt auch die landwirtschaftliche Kontrolle oder das Veterinäramt und guckt, ob artgerecht gehalten wird oder nicht.

Bei dem Antrag ist die Schwierigkeit: Wie definiert man artgerechte Haltung? – Nach meinem Empfinden werden die Hörner in Stallanlagen gekürzt, um das noch das eine oder andere Tier mehr reinzustellen, damit es keine Verletzungen gibt, aber ist das artgerecht? Wir kommen da in einen Definitionsdiskurs rein, die wahrscheinlich noch ganz viel Zeit in Anspruch nimmt. – Ich hoffe, ich habe auf alle Fragen geantwortet. Vielen Dank!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Herr Dr. Koch!

Dr. Leif Koch (Welttierschutzgesellschaft e. V.): Ich möchte kurz auf die Frage nach dem Verbandsklagerecht eingehen. Das ist für uns kein wesentliches Thema. Bei unserer Arbeit geht es eigentlich mehr darum, politische Entscheidungen zu beeinflussen und Transparenz für die Öffentlichkeit herzustellen. Das sind zwei Kernanliegen. Das Verbandsklagerecht als Allheilmittel jeglicher Auseinandersetzungen zu sehen, ist kritisch. Häufig werden auch Geldbeträge gegen die Einstellung von Klagen gezahlt. Da begibt man sich als NGO auf wafeldünnes Eis. Das kann in Einzelfällen funktionieren, aber für uns ist es kein Kernanliegen. Wir fordern nicht die Einführung und würden davon höchstwahrscheinlich auch keinen Gebrauch machen. Das mag in anderen Bundesländern und bei anderen Strukturen anders sein.

Zur Enthornung: Es ist in der Tat so, dass die Tiere häufig den Ställen angepasst werden, aus verschiedenen Gründen, ob es die Unfallverhütung oder die zusätzliche Einstallung weiterer Tiere ist. Es ist ein nicht kurativer Eingriff, es ist eine Veränderung am Tier. Wenn wir über das Enthornen sprechen: Da wird 800 Grad – 600 Grad stand, glaube ich, im Antrag – heißes Eisen – – Wenn die Hornknospen ausgebrannt werden, wenn es ein Landwirt in seiner Betriebsentscheidung für erforderlich hält, dann muss er das unter Betäubung, unter Sedierung, unter Ruhigstellung des Tieres machen mit anschließender Schmerzmittelvergabe. Mein erster Schritt wäre, das normativ zu erfassen und verpflichtend zu machen. Da hat jedes Bundesland

seine eigene Strategie. Einige haben Regelungen, nach denen es verpflichtend ist. Bei anderen sind es freundliche Empfehlungen. Hier wäre auf jeden Fall eine Vereinheitlichung sinnvoll.

Zur Frage, wie Neuland, einzelne Betriebe oder private Zertifizierer Vertrauen zurückgewinnen können: Das geht nur über Transparenz, über das Öffnen der Ställe, über das Öffnen der Bücher und über das Zugehen auf den Verbraucher. Das können politische Entscheidungen nicht ersetzen. Wenn gewachsenes Vertrauen zerstört wird, ist es ein langer Prozess, um das wieder in Ordnung zu bringen.

Zum Tierschutz in Brandenburg: Die strengen gesetzlichen Regelungen – ich bin mir nicht ganz sicher, woher der Einwand kam – gibt es in vielen Bereichen gar nicht. Grundlage für die Tierhaltung ist das Deutsche Tierschutzgesetz. Das wird für einzelne Tierarten in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung konkretisiert, aber wir haben keine Verordnung für Puten und für Milchkühe. Wir haben 4,3 Millionen Milchkühe in Deutschland und keine gesetzliche Grundlage zur Haltung derselben. Wir haben eine Verordnung für Mastkaninchen. Ich frage immer, wann man das letzte Mal Kaninchen auf dem Teller hatte und wann das letzte Mal Milchprodukte konsumiert worden sind. Es ist durchaus sinnvoll, den Bereich Milchkuh im Rahmen einer Verordnung zu regeln. Das ist bislang noch nicht geschehen, und es wird höchste Zeit.

Zu den Brücken, die bestehen: Mir ist völlig klar, dass viele Landwirte, fast alle Landwirte, ihre Tiere mögen und alle Landwirte sich bemühen, gut mit ihren Tieren umzugehen. Es ist aber nicht so, dass die Leistung, die man vom Tier haben will, zwingend mit dem Tierwohl korreliert. Die Aussage: Wenn ich Leistung von meinen Tieren haben möchte, dann muss ich sie gut behandeln – ist nach meiner Einschätzung so nicht richtig. Dort, wo die höchsten Milchleistungen im Milchviehbereich erbracht werden, haben wir auch die höchsten Abgangsraten. Nach 2,4 Laktationen ist Schluss. Die Kühe werden nicht mehr tragend, und mit vier oder fünf Jahren gehen die ab zum Schlachter. Eine Kuh kann unter natürlichen Umständen 20 bis 25 Jahre alt werden. In der Regel ist das durchschnittliche Abgangsalter mit vier oder viereinhalb Jahren erreicht. Insofern möchte ich diese Aussage sehr kritisch betrachtet wissen.

Zu den Anforderungen an artgerechte Tierhaltung: Das ist vor allem die gesetzliche Grundlage für Tierhaltung und die Kontrolle dieser gesetzlichen Grundlage. In diesen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnungen werden Mindeststandards – Das ist ja keine Öko-wünsch-dir-was-Verordnung, die sich die verrückten Tierschützer aus Berlin ausgedacht haben. Da geht es um Mindeststandards, über die ein gesellschaftlicher Konsens existieren muss, dass diese nicht unterschritten werden dürfen. Wenn das erreicht ist und das kontrolliert wird, dann haben wir ein akzeptables Niveau in der Tierhaltung.

Zur Frage, was beispielsweise ein Verbot der Anbindehaltung befördern würde: In der Tat würde das dazu führen, dass viele kleine Betriebe möglicherweise die Anforderungen einer gesetzlichen Haltungsverordnung nicht erfüllen könnten, aber da muss ich auch ganz klar sagen: Für uns steht die Kuh im Mittelpunkt, für uns steht das Tier im Mittelpunkt, und wenn das den Strukturwandel befördern sollte, dann ist das eben so. Ich wünsche mir auch eine kleinteilige Landwirtschaft, aber das ist kein Wert an sich aus einer Tierschutzperspektive gedacht. So viel Ehrlichkeit muss man als Tierschützer dann auch mitbringen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Herr Jung!

Reinhard Jung (Geschäftsführer des Bauernbund Brandenburg e. V.): Erst mal zu einem Thema, zu dem ich lieber nicht sage, denn das ist von mehreren Seiten gekommen, ach von Ihnen, Frau Kitzmann, das Thema Boden, Agrarstruktur in Brandenburg, Aufkauf von Betrieben durch Konzerne: Da sind wir als Bauernbund ganz stark dran, ganz tief drin. Das ist unser Thema. Wir haben eine Liste der Kapitalanleger von außerhalb erstellt, die in Brandenburg Betriebe aufgekauft haben usw. Das ist unser Kernthema. Darüber könnte ich Ihnen zwei Stunden lang einen Vortrag halten. Das mache ich nicht, weil das ein anderes Thema ist, aber ich biete Ihnen an, dass Sie sich an mich wenden können. Nur noch eine Sache dazu, dass kleine Betriebe aufgekauft werden: Aufgekauft werden die maroden Hinterlassenschaften des Sozialismus. Die vom Staat nach der Wende mit ganz viel Geld erhaltenen Großbetriebe. Wir sind keine kleinen Betriebe, wir sind bäuerliche Familienbetrieb. Wir sind im Bundesdurchschnitt relativ groß. Unsere Betriebe sind stark. Wir haben fast alle Hofnachfolger, und es wird fast nichts aufgekauft. Es sind die Großbetriebe, wo der Rote Baron sich den Abgang vergolden lässt und dann an irgendwelchen internationalen Konzerne verkauft; inzwischen sind sogar die Chinesen im Geschäft. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, aber gerade die bäuerlichen Familienbetriebe, gerade unserer Bauern und die sogenannten kleinen sind stark dagegen, weil Privatinitiative, Wertschöpfung und Leistungsbereitschaft und Engagement für ihren Hof dahinterstehen. Bei uns verkauft keiner. Es gibt auch Chancen für junge Leute, sich Höfe einzurichten. Geschenkt kriegt man sie nicht. Ein bisschen Geld muss man mitbringen, dann muss man sehr fleißig sein, und dann kann man sich von Anfang an etwas aufbauen. Letzten Endes haben alle unsere Betriebe 1990 oder später bei null angefangen. Am Ende sind wir Unternehmer, haben angefangen, und es hat sich bisher eigentlich gelohnt. Das wollen wir auch verteidigen. – Zu dem Thema können Sie sich gern an mich wenden.

Jetzt zu den Tieren: Es war teilweise schwer zu ertragen. Ich will jetzt nicht arrogant wirken. Es ist total wichtig, dass man sich so auseinandersetzt. Es spricht im Grunde für einen Runden Tisch, auch wenn es sehr zeitaufwendig ist. Ich merke ein ganz großes Unwissen, leider tatsächlich auch bei jemandem, der sich offensichtlich intensiv mit Tieren beschäftigt, über die reale Tierproduktion, wie sie im Leben stattfindet. Darauf komme ich zurück.

Irgendjemand hat etwas zu den Videos gesagt. Diese Videos sind Ergebnisse illegaler Einbrüche, das zuerst. Das sind Gesetzesbrecher, und mit solchen Leuten will ich nichts zu tun haben. Wenn ich die auf meinem Hof sehe, kriegen die eine Mistforke in den Arsch, so! Dann haben die offenbar schlimme Zustände festgestellt, haben sie ins Netz gestellt oder irgendwelchen Skandalsendern verkauft. Sie haben gesagt, juristisch habe das immer nichts gebracht. Warum hat es juristisch nichts gebracht? – Weil die Veterinäre genau die gleichen Zustände feststellen, und sie fest, dass es sich im Rahmen des geltenden Tierschutzrechts bewegt. Ich stimme Ihnen nicht ganz zu mit groß und klein, es ist nicht völlig egal. Ich würde sagen, Ausnahmen bestätigen die Regel, man kann nicht sagen, klein ist gut, und groß ist schlecht. Aber es so, dass es dort, wo die Haltungssysteme gleich sind, wo die Produktionstechnik gleich ist, aber wo die Privatinitiative des Landwirts und seiner Familie dahinter steckt, eine höhere, ich will jetzt nicht sagen, Tiergerechtigkeit, aber ein höherer Einsatz und ein schnelleres Merken von Problemen gibt, als bei einem Schichtwechsel. Es ist so, wenn es einem gehört; das ist eine Erfahrung. Deshalb würde ich jetzt ganz pauschal sagen: Tendenziell geht es den Tieren bei unseren Betrieben besser, aber wir haben das Problem, dass diese

großen Anlagen die Bevölkerung belasten. Bei den großen Anlagen an einem Standort gestehen wir das Problem ein, und da muss etwas geändert werden.

Jetzt aber wieder zurück zum Tierwohl. Ich sage es mal am Beispiel meines Stalles: Wenn Sie bei mir einbrechen – Sie können gern zu mir kommen, ich lade Sie ein –, wenn Sie heute Morgen um 5 Uhr oder um 6 Uhr zu mir gekommen wären, hätten Sie mit der Kamera einen Film drehen und irgendwo einstellen können, und dann hätte alle gesagt: Bauernbundfunktionär und Pseudobio Jung lässt seine Tiere im Dreck stehen, denn frühmorgens ist das alles schwarzgetreten. Dann kommt der Bauer, nachdem er einen Kaffee getrunken hat – er hat die Tiere sogar im Dreck stehen lassen, hat gemütlich einen Kaffee getrunken, die Zeitung gelesen –, fetzt den Strohhallen auseinander und streut die ein. Danach können Sie bei mir einen Werbefilm für romantische Biolandwirtschaft drehen. So ist es. Das erfahren Sie als Verbraucher, die nicht täglich drin sind. Sie sehen die Bilder, fühlen sich einmal gerührt und sagen: So stelle ich mir Landwirtschaft vor – und ein anderer sagt: Das kann doch nicht sein. Wie kann man die Tiere – – Damit arbeiten manche Tierschutzverbände. Sorry! Ehrlich gesagt, ich will das nicht mehr. Sie können gern jederzeit kommen, aber überlassen Sie bitte mir als Bauern, wie viel Geld ich für Stroh ausbebe, wie viel Arbeitszeit ich wann investiere, wenn ich meine Tiere streue, denn wenn ich das Gefühl habe, der Dreck bekommt denen schlecht, dann kümmere ich mich schon darum; machen Sie sich mal keine Sorgen. Ich kann Ihnen sagen: Wenn ich die im April auf die Weide rausgeschmissen haben – die haben solche Klatten an den Seiten, wo sich der Dreck am Fell festsetzt –, geht zehnmal der Regen drüber, dann fallen die ab und dann sehen die aus, wie aus dem Ei gepellt. Vieles, was ich in Verbraucher- oder Tierschutzkolumnen – – Da denkt man: Oh, ist das schlimm –, und wenn Sie die Realität sehen, wenn Sie mit dem Leben Kontakt haben, merken Sie: Das ist alles Tütelkram, und diejenigen, die täglich damit zu tun haben, weil sie damit Geld verdienen müssen, wissen schon ein bisschen was darüber.

Zur Anbindehaltung: Katastrophe! Ich habe in zwei Anbindeställen gelernt. Ich gebe zu – das ist jetzt die Anatomie des Tieres, das versteht jeder –: Wenn Sie einen Bullen in Anbindehaltung halten, ist das problematischer, sauber zu halten als bei einer Kuh. Deshalb gibt es fast keine Bullen mehr in Anbindehaltung. Ich habe in zwei Betrieben mit Anbindehaltung gelernt. Die Kühe kamen natürlich im Sommer auf die Weide. Die hatten alle Hörner, denn das geht bei Anbindehaltung. Es war, ehrlich gesagt, kein Problem. Die konnten sich bewegen. Die engen, dunklen Ställe haben Sie aus irgendwelchen Heimatfilmen der Fünfzigerjahre. Das ist wirklich lang her. Ihre Zahl ist einfach falsch. Ich wette mit Ihnen um eine Kiste Champagner. Sie haben 25 Prozent gesagt. Ich wette mit Ihnen um eine Kiste Champagner, dass weniger als 10 Prozent der Milchkühe in Anbindeställen stehen. – [Dr. Leif Koch (Welttierschutzgesellschaft e. V.): Wette angenommen!] – Ich glaube eher, es sind 5 Prozent. Das hat mit der Realität nichts zu tun – [Dr. Leif Koch (Welttierschutzgesellschaft e. V.): Frau Vorsitzende! Sie haben das gesehen!] – Es ist absurd. Die Anbindehaltung ist ersetzt worden durch den Laufstall, und der Laufstall hat in der Regel einen Spaltenboden. Das ist der Übergang von der Festmistwirtschaft zur Güllewirtschaft, Übergang von den behornten Tieren zu den enthornten, denn im Laufstall können sie laufen und sich stoßen und wehtun. In den Achtzigerjahren hat das angefangen, und es gibt aus arbeitswirtschaftlichen Gründen fast keine Betriebe mehr, die Anbindehaltung haben, und die paar alten Bauern, die jetzt noch bis zum Generationswechsel mit Anbindehaltung weitermachen, weil sie nicht mehr investieren wollen, also, wenn sie die nicht lassen und weil die Kuh so sehr darunter leidet – – Das sind fast alles Kühe, die im Sommer alle rauskommen, was bei den Laufställen nicht immer der Fall ist.

Wenn das Tierschutzsein soll, halte ich es für ein Trauerspiel. Ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass es den Kühen in den Ställen, in denen ich zwei Jahre Landwirtschaft gelernt habe, schlecht ging.

Jetzt zu den Argumenten im Antrag: Es haut nicht hin. Tierquälerische Haltung mit den Hörnern: In dem Moment, wo die Tiere in einem Stall sind, wo sie sich frei bewegen können – und das sind, wie gesagt, mehr 90 Prozent der Milchkühe –, begegnen die sich, und wenn es 20 sind wie bei mir, dann kennen sie sich und dann wissen die Kleinen, wann sie ausweichen, aber wenn es 30 oder 40 sind – – Das geht Ihnen doch genauso: Mensch, wer war das noch mal? Den kenne ich irgendwoher –, und in dem Moment, wo die Kuh das gemerkt hat, hat sie schon das Horn in der Seite, und dann kommen die Verletzungen, die den Laufstall in bestimmten Größenordnungen so problematisch machen. Das kippt bei 30, 40, 50. Freiwillig, weil sie so viel Spaß dabei haben, brennen die Bauern die Hörner nicht aus. Wenn einem Kälbchen zwei, drei Sekunden so ein Lötisen dahingehalten wird, und dann hat es danach vielleicht noch eine oder zwei Stunde Schmerzen, dafür ist aber ein Leben lang Ruhe im Stall, ist das wirklich so schlimm? Tun wir unserer Kreatur, tun wir unseren Geschöpfen wirklich so was Schlimmes? Können wir das mit unserer Ethik nicht vereinbaren? – Da muss ich ganz ehrlich sagen: Ich mache es nicht, weil ich einen kleinen Bestand habe, und wenn ich es nicht muss, mache ich mir keine Arbeit; also lasse ich die Hörner dran. Mein Schwager macht auch Öko in Schleswig-Holstein mit 50 Kühen. Der sagt: Meine Güte! Manchmal hätte ich gern enthornt. Immer den Antrag stellen, dass man den schlimmsten Zicken nachträglich die Hörner abschneide – – Das ist tut besonders weh und ist schwierig. Es ist ein Problem, wo ich auch sage: Überlaßt es doch bitte den Praktikern.

Zum Methan, die Tierhaltung, in der Größenordnung, wie wir sie in Deutschland machen, sei klimaschädlich: Klimaschädlich ist hauptsächlich das Methan, das die Kühe auspupsen und -rülpsen. Wissen Sie, was früher war? – Früher, als da keine Kühe waren, als wir Dreifelderwirtschaft hatten und vielleicht ein paar Kühe und Schweine durch den Wald gehütet haben, im Mittelalter, vor der industriellen Revolution, vor dem ökologischen Landbau, der erst im 19. Jahrhundert die Industrialisierung und Bevölkerungswachstum erst ermöglicht hat, da waren das Moore, Niederungen. In diesen Niederungen wuchsen mit ganz viel Wasser ganz viele Pflanzen, und die Pflanzenreste sind alle verfault, und aus den Faulgasen dieser Pflanzenreste, die unten Torf gebildet haben und die Moore zum Wachsen brachten, stieg Jahrhunderte, Jahrtausende lang Methan nach oben. Die Irrlichter – es ist schaurig, über das Moor zu gehen –, die wir alle aus den alten Geschichten kennen, bevor die entwässert wurden und für Grünland nutzbar gemacht wurden – sind nichts anderes als Faulgase, die in die Luft stiegen und seit Jahrtausenden das Klima verändert und belastet haben. Das Einzige, was wir durch die Entwässerung der Grünlandniederung im 19. Jahrhundert, Anfang 20. Jahrhundert gemacht haben: Aus Sumpf haben wir Grünland gemacht. Wir haben da Rinder hingestellt, wir haben Milch und Fleisch davon, und es hat sich sonst nichts geändert, und das ist doch toll. Wir kriegen die Leute satt. Das Rind ist das Wichtigste überhaupt in einer vernünftigen Kreislaufwirtschaft, und ein ökologischer Landbau ohne Rinder haut überhaupt nicht hin, darüber sind wir uns einig. Diese Klimaschädlichkeit ist so jenseits – das kommt zwar von tollen Wissenschaftlern, die sich alle eine tolle Nase verdienen mit solchen Horrorszenarien – jeder Logik. Ich habe eine hohe Achtung vor der Wissenschaft, ich habe selbst studiert, das ist alles okay, aber es muss dem gesunden Menschenverstand zugänglich sein, und das ist es absolut nicht. Tierhaltung in Deutschland ist nicht klimaschädlich, und das von einer Partei, die mit uns gemeinsam gegen die Braunkohle – übrigens, danke, dass wir in Berlin alle gemeinsam

gegen die Braunkohle kämpfen! – kämpft. Setzen Sie doch mal die Braunkohleemissionen in Relation zu dem, was Kühe pupsen. Leute! Ihr macht euch ja lächerlich bis zum Abgrund. Entschuldigung!

Zu der grundwassergefährlichen Gülle sage ich Ihnen einfach: Das Nitrat, das wir in unserem total vieharmen Brandenburg ins Grundwasser bringen oder die Werte, die wir in Brandenburg haben, die als Nitratbelastung gelten, laut Wasserrahmenrichtlinie – auch so eine Baustelle, das will ich jetzt nicht ausbreiten – – Der gute ökologische Zustand gilt als nicht erreicht, wenn ein Fünftel des Trinkwassergrenzwertes überschritten ist. Das heißt, das Wasser im Bach muss fünfmal weniger Nitrat haben als das Trinkwasser, das Sie aus der Leitung trinken. Ja, wo sind wir denn hier? Mit solchen Zahlenspielerlein erzeuge ich jedes Umweltproblem. Wenn ich von natürlich-eutrophen Gewässern in Brandenburg verlange, dass sie die Nitratwerte von kristallklaren Bergbächen aufweisen, dann erzeuge ich natürlich Umweltprobleme, und da kann ich natürlich auch wieder die Landwirtschaft an den Pranger stellen. Leute! Bleibt auf dem Teppich! Wissenschaft ist schön und gut, aber es muss irgendwo dem normalen gesunden Menschenverstand zugänglich sein, und das sind die Zahlen, die Sie hier auf den Tisch gelegt haben und diese Pseudofakten, nicht. Tierhaltung in Brandenburg ist wichtig, ist gut, und wenn wir ein Problem haben, haben wir das in der Akzeptanz und auch in der Massierung von riesigen Mastanlagen an einem Standort. Dagegen sollten wir gemeinsam vorgehen. Dazu habe ich mehrere Signale von der Dame von der SPD und auch von dem Herrn von der CDU gehört. Sie haben schon gesagt, man müsste aufeinander zugehen. Wenn wir gemeinsam ein Signal nach Brandenburg aussenden, dass wir eine bäuerliche Tierhaltung wollen und nicht diese Megamastanlagen, dann wäre es ein tolles Signal, wofür ich den Berlinern dankbar wäre. – Danke schön!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Das war leider nicht das Schlusswort, denn Herr Dr. Altug hat sich noch gemeldet.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Das Thema ist interessant. Es geht ja um den Antibiotikaeinsatz. Damit Sie sich vorstellen können, mit welchen Zahlen wir uns beschäftigen. Das Bundesinstitut für Risikoforschung hat die veröffentlicht, keine Grünen-Institution. In Deutschland wurden im Jahr 2015 1 238 Tonnen Antibiotika eingesetzt. Ich frage mich, ob es so viele kranke Tiere in diesem Land gibt. Was Frau Müller vorhin bezüglich der Anzahl der Tiere in Brandenburg gesagt hat, das das rückgängig sei – – Ich weiß nicht, ob es damit zu tun hat, dass Sie in Brandenburg mitregieren, dass der Verbraucherschutzminister ein Linker ist. Hier sind die Zahlen vom Fleischatlas 2016. Schauen Sie sich die bitte an! Da steht: 2005 gab es 7,4 Millionen Geflügel in Brandenburg. Nach neun Jahren, nämlich 2014, ich habe es schon vorhin gesagt, sind es mittlerweile 10,6 Millionen Geflügel in Brandenburg.

Herr Jung! Ich war ein bisschen überrascht. Ich kann nicht bestätigen, was Sie vorhin bezüglich der Klimaschäden durch die Nutztierhaltung gesagt haben. Es gibt so viele wissenschaftliche Studien dazu. Das sind nicht alle Wissenschaftler, die sich damit eine goldene Nase verdienen, sondern die sind Angestellte einer Universität dieses Landes, und die sagen, dass die Nutztierhaltung in Deutschland auch klimaschädliche Gase verursacht. Das ist nicht nur eine Person, sondern es sind mehrere. Sie sagen, es seien 6 Prozent bis 13 Prozent, das sind 23 Millionen Tonnen Methan, davon 94 Prozent, die durch die Rinderhaltung entstehen. Das kann man nicht mit Mooren vergleichen. – [Reinhard Jung (Geschäftsführer des Bauernbund Brandenburg e. V.): Ist doch schön!] – Das ist ein wichtiger Aspekt, den man nicht ignorieren

kann. Deshalb habe ich gesagt, dass ich überrascht war, von Ihnen so etwas zu hören. Es gibt viele US-Amerikaner, die ignorieren, dass wir einen Klimawandel haben, die sagen, dass es keinen Klimawandel gäbe. So einfach würde ich es mir nicht machen. Wissenschaftler, die sich mit diesen Themen beschäftigen, sind Angestellte einer Universität, sie werden mit Steuergeldern bezahlt, und sie würden nicht irgendwelche Zahlen in die Welt setzen, weil sie sich dadurch eine goldene Nase verdienen würden, wie Sie es vorhin gesagt haben.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich nehme an, wir vertagen die Abstimmung über den Antrag bis zur Auswertung des Wortprotokolls, in dem sich im Übrigen auch die Wette der Herren um die Kiste Champagner wiederfindet. Also, das ist jederzeit nachlesbar, nachvollziehbar, und wir bitten um einen Bericht. – Ich darf mich bei Ihnen drei ganz herzlich bedanken für die Anhörung und für die Zeit, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Sie können selbstverständlich gern dem Rest der Sitzung beiwohnen, wenn Sie möchten. Ich habe aber auch Verständnis dafür, wenn uns Ihren Schreibtisch oder gar Ihren Feierabend vorziehen möchten.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0590

[0095](#)
Recht

**Verbraucherpolitische Strategie für Berlin
partizipativ fortschreiben**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0622

[0097](#)
Recht

**Smiley jetzt und für alle Berliner/-innen!
Für mehr Verbraucher/-innenschutz bei
Lebensmitteln**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/1931

[0216](#)
Recht
BildJugFam(f)

**KMK-Beschluss umsetzen:
Verbraucher/-innenbildung an Berliner Schulen
stärken**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Inhaltsprotokoll.